

Die politische Tätigkeit der Katholiken im heutigen Spanien

José Luis Illanes

Übersetzung aus dem Italienischen

STUDI CATTOLICI

Rom - 4. Jhg. März-April 1960 - Nr. 17

Die politische Tätigkeit der Katholiken im heutigen Spanien

Die politische Situation Spaniens im Jahre 1939, Francos Sieg über das sozial-kommunistische Regime, bedeutete das Ende einer Tragödie auf politischem, sozialem und religiösen Gebiet, nämlich das Ende der Zweiten Spanischen Republik von 1931. Um nun Wirken und Einfluß der Katholiken in diesen letzten zwanzig Jahren zu verstehen, ist es unumgänglich, zuvor — wenn auch nur kurz — die Lage und das Wirken der Katholiken in den Jahren zu betrachten, die dem Bürgerkrieg unmittelbar vorausgingen.

Die Zweite Republik

Spanien war immer ein katholisches Land; und das nicht deshalb, weil seit der im 15. Jahrhundert erlangten nationalen Einheit die Regierungen so sagten, oder weil es einen Überfluß an offiziellen Feierlichkeiten mit äußeren Kundgebungen des Katholizismus gibt — diese Einzelheiten, wenn auch bedeutsam, sind gewissermaßen zweitrangig —. Der entscheidende Grund ist vielmehr, daß die weit- aus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (99,5 %) katholisch ist und daß der Katholizismus zutiefst in der Gesellschaftsstruktur des Landes verwurzelt ist. Daher kommt es eben, daß in Spanien keine Regierung haltbar ist, die den katholischen Charakter der Nation verleugnet. Diesen Sachverhalt begriffen im Jahre 1931 sogar die führenden Republikaner, und zwar gerade Niceto Alcalá Zamora, ihr erster Präsident, indem er eine Republik forderte, „die die großen spanischen Heiligen zum Ruhm der Nation zählt“.

Die kirchliche Hierarchie in Spanien war vom ersten Augenblick an bereit, die Rechtsgültigkeit der am 14. April 1931 verkündeten Republik anzuerkennen. Viele führende Katholiken, mit Ausnahme einiger Gruppen wie die der Karlisten oder Monarchisten der „Spanischen Aktion“, neigten ebenfalls dazu, das neue Regime rückhaltlos anzunehmen. Diese Katholiken sammelten sich zum größten Teil in der sogenannten „Confederación Española de Derechas Autónomas“ (CEDA), deren Führer Gil Robles war. Es handelte sich um Leute,

die in ihrer Mehrheit aus den Verbänden der Gläubigen hervorgegangen waren, wie zum Beispiel aus der Katholischen Aktion und aus dem Katholischen Nationalverband der Propagandisten (A.C.N. de P.)¹⁾. Dieses logische und den Umständen entsprechende Verhalten, war außerdem vorbereitet durch die schon gegen Ende der Monarchie entwickelte Propagandatätigkeit der A.C.N. de P. zur Verteidigung der Lehre von der Indifferenz und Nebensächlichkeit der konkreten Regierungsformen.

Aber sehr rasch zeigte die politische Entwicklung der Republik einen völligen Wandel des ersten Anscheins: Die neue Regierung erwies sich als unfähig, im Trubel anarchistischer und kommunistischer Exzesse die öffentliche Ordnung zu wahren und eine demokratische Atmosphäre der Freiheit und der Eintracht zu schaffen. „Der Friede war gebrochen“, schreibt Salvador de Madariaga in bezug auf die Gewaltakte in der Republik (Storia della Spagna, Capelli 1957, S. 36) „der eine unerläßliche Voraussetzung darstellte, um eine starke Staatsgewalt zu bilden, wie sie die spanische Nation erhoffte“.

Diese Unfähigkeit des Regimes, die Freiheit der Bevölkerung zu schützen, führte zu einer Reihe ebenso drastischer wie wirkungsloser Maßnahmen. Das „Gesetz zur Verteidigung der Republik“, das sechs Monate nach der Errichtung des Regimes verkündet wurde, und das „Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ machten die Regierung zum ersten Rechtsbrecher der in der Verfassung garantierten Rechte und brachten ihr verdienstermaßen die Ablehnung durch den größten Teil der öffentlichen Meinung ein. In London kommentierte die „Times“ die Verkündung des ersten dieser Gesetze mit den Worten: „Ein solches Gesetz hätte man unter der Monarchie nicht geduldet; es zeigt, daß die Regierung mit ihrem Ziel gescheitert ist, eine Ebene des Zusammenlebens für alle Spanier zu finden“.

Auf dem Weg zum Bürgerkrieg

Das praktische Scheitern dieser Maßnahmen und die ständige Zunahme sozialer Agitation (in den fünf Jahren der Republik gab es 15 000 Streiks) führten schließlich zu wahren Verfol-

gungen, die am Vorabend des Bürgerkrieges in der Ermordung des Oppositionsführers José Calvo Sotelo durch die sozialistische Polizei gipfelten. Über eine solche Politik waren Persönlichkeiten wie der Republikaner Miguel de Unamuno hell empört. Dieser rief in einer Rede an der Madrider Universität am 28. November 1932 aus: „Selbst die Inquisition war noch gebunden durch rechtliche Garantien. Heute gibt es etwas Schlimmeres: Eine Politik, die nur auf einem allgemeinen Panikgefühl und der Erfindung neuer Gefahren gründet, mit dem Ziel, völlig gesetzlos zu handeln“.

Die Presse war zum Teil beschnitten, denn schon das „Gesetz zur Verteidigung der Republik“ ermächtigte die Regierung, nach eigenem Gutdünken jede beliebige Informationsquelle zu beschränken, sie könnte ja „die öffentliche Ordnung und den Frieden stören“. Zeitungen wie „El Debate“, „ABC“, „Informaciones“, „El Correo Catalán“ usw. wurden unzählige Male eingestampft. Eine ausführliche Darstellung der zensierten, mit Geldstrafen belegten oder eingestampften Veröffentlichungen würde Seiten füllen²⁾.

Zu dieser verfassungswidrigen Einschränkung der Grundrechte kam eine heftige religiöse Verfolgung, die sich ja schon lange Zeit vor Ausbruch des Bürgerkrieges der Gewalt bediente. Die Republik wurde in Madrid und in anderen Städten mit dem Anzünden von Kirchen und liturgischen Gegenständen „begrüßt“. Eine der ersten gesetzlichen Maßnahmen der Sozialistenregierung war die völlige Laisierung des Schulwesens und die Unterdrückung der privaten Schulen, wodurch unmittelbar 350 000 Kindern, die bis dahin Privatschulen, und zwar ausschließlich katholische Privatschulen, besucht hatten, die Möglichkeit genommen wurde, seine Schule zu besuchen.

Zur Darstellung dieser anormalen Lage braucht man nur einige Zahlen anzuführen, die Gil Robles in einer Rede vor dem Parlament am 16. Juni 1936 erwähnte, als er die Regierung der Begünstigung der Gewalttaten beschuldigte, die die Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten in ganz Spanien begingen: 160 zerstörte Kirchen, 251 weitere Kirchen gebrandschatzt oder profaniert; 269 ermordete Persönlichkeiten; 1287 verletzte Personen; 69 Organisationszentralen der Zentrums- oder Rechtsparteien ausgeplündert und zerstört.

Um den Grund dieser Gewaltpolitik wirklich zu verstehen, muß man bedenken, auf welches Ziel die Entwicklung der Sozialistischen Partei, des wahren Trägers der Politik in der spanischen Republik, hinsteuerte. Einer ihrer

Hauptführer, Largo Caballero, schrieb am 1. Februar 1936 im „El Socialista“: „Ich bin ein marxistischer Sozialist. Der Kommunismus ist die natürliche Entwicklung des Sozialismus, seine letzte und entscheidende Etappe“.

Der entscheidende Augenblick in dieser Entwicklung war die Oktoberrevolution von 1934. Die voraufgegangenen Wahlen am 11. November 1933 hatten einen großen Sieg der Rechtsparteien gebracht: sie erhielten 207 Parlamentsitze, das Zentrum 167, die Linksparteien 99. Das politische Szenenbild schien gründlich gewandelt, die CEDA bildete die stärkste Minderheit, die Sozialisten waren von 116 auf 59 Sitze gesunken. Die öffentliche Meinung sagte ihr klares Nein zum Marxismus.

„Aus den zahlreichen Reden Gil Robles“, so bemerkt Salvador de Madariaga, „erschien es selbstverständlich, daß er die Absicht hegte, sich bei jeder neuen Kabinettsbildung mit seiner Mehrheit durchzusetzen, wozu er ja auch in jedem demokratischen Staat, als Führer der Mehrheit das volle Recht hatte. Jedoch nach der Regierungskrise vom 1. Oktober 1934 vereinigten sich der damalige Präsident der Republik und Alexander Lerroux, der Führer der radikalen Partei, und „suchten einen Ausweg, Gil Robles mit den drei Ministerien der Landwirtschaft, der Justiz und der Arbeit zufrieden zu stellen. Wenn auch diese Ministerien in sich von Bedeutung waren, sie gefährdeten doch in keiner Weise die Politik der Linksparteien“ (ebd. S. 421). So ließ Gil Robles über sich eine Kabinettsbildung ergehen, die von der Kontrolle der Radikalen abhing. Es waren die gleichen Radikalen, die sich 1931 mit den Sozialkommunisten verbündet hatten.

Gil Robles fehlte offenbar die notwendige Energie, sich durchzusetzen, und damit begünstigte er die Linksparteien. In der Tat, „kaum hatte man dieses Zugeständnis zur Kenntnis genommen“, fährt Madariaga fort, „da entwickelten die Linksparteien ihren Revolutionsplan“, und die Sozialisten Largo Caballeros begingen eine Gewalttat nach der anderen, was schließlich zum Ausbruch der Oktoberrevolution von 1934 führte, die in Asturien das Gesicht eines wahren Bürgerkrieges annahm. Mit dieser Revolution, die ein Verrat war an den demokratischen Grundsätzen und am Willen des Volkes, wie er in den voraufgegangenen Wahlen zum Ausdruck gekommen war, hatte die Sozialistische Partei jede Gesetzmäßigkeit mit Füßen getreten. Das ist nicht nur die Ansicht derjenigen Spanier, die später Franco unterstützten, sondern auch die vieler Republikaner. So

schreibt zum Beispiel Salvador de Madariaga: „Mit ihrer Rebellion von 1934 verloren die Linksparteien jedes Recht die Revolution von 1936 zu verdammen“ (ebd. S. 424).

In den grauenvollen Monaten, die nun folgten bis zum Tage der Nationalen Erhebung, ging Largo Caballero in nichts von seinen politischen Machenschaften ab, im Gegenteil, er ebnete Schritt für Schritt den Weg zum Vordringen des Kommunismus, und zwar eines aufs äußerste brutalen und revolutionären Kommunismus, der sich selbst in aufgeblähtem Stolz einen unversöhnlichen Feind demokratischer Ordnung, des Staates und der Kirche nannte.

Nach einem durch skrupellose Zwangsmaßnahmen erreichten „Wahlsieg“ der Volksfront widersetzte sich der Flügel des Largo Caballero schärfstens den Parteimitgliedern, die eine gemäßigtere Linie der Politik vertraten. Caballero verhinderte im Juli 1936 die Bildung einer Versöhnungsregierung unter dem Vorsitz des Martínez Barrios, des Großmeisters der Spanischen Freimaurerei. Schließlich machte man Largo Caballero selbst zum Ministerpräsidenten und damit hatte das Chaos seinen äußersten Gipfelpunkt erreicht. (Vgl. J. Arraras „Historia de la Segunda República Española“, Madrid 1956. Editora Nacional — 1. Band S. 35.)

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß während dieser Zeit und vor allem während des Bürgerkrieges die Kirche ständig verfolgt wurde und daß die Gewaltakte ungeheure Ausmaße annahmen. Abgesehen von den unzähligen Kirchenbränden, Plünderungen und Schändungen von Kirchen und Friedhöfen wurden von April 1931 an bis zum April 1939 insgesamt zwölf Bischöfe, 1 Apostolischer Administrator, 4266 Weltpriester, 2489 Ordensmänner, 283 Ordensfrauen, 249 Theologiestudenten und mehrere Tausende Jugendliche der Katholischen Aktion. In neun Diözesen wurden 80 % der Geistlichkeit ausgerottet, in Málaga sogar 90 %³⁾.

Die Reaktion der Katholiken

Die unkontrollierbare Gewalttätigkeit, die im ganzen Lande herrschende Unordnung und Anarchie beschworen eine Reaktion auf die Demagogie herauf, eine Reaktion, die bei den gegebenen revolutionären und antidemokratischen Machenschaften der Sozialkommunisten nicht umhinkonnte, ebenfalls gewissermaßen gewaltsam vorzugehen. Es ging um eine Lösung „in extremis“, denn die Frage vor dem

Angriff der Marxisten war ja nicht mehr die einer möglichen „Koexistenz“ sondern einfach die der Existenz. Am 18. Juli 1936 erhoben sich die Truppen in Marokko. Der Bürgerkrieg begann.

Wie wir schon erwähnten, hatten die meisten spanischen Katholiken zu Beginn der Republik die neue politische Lage willig hingenommen und ihre Bereitschaft gezeigt, bei der Lösung der politischen und sozialen Aufgaben des neuen Regimes mitzuwirken. Aber es leuchtet ein, daß die antidemokratische politische Entwicklung, die wir vorhin umrissen haben, — zumal sich die religiöse Verfolgung noch weiterhin verschärfte —, unbedingt einen grundlegenden Wandel im Verhalten der Katholiken zur Folge haben mußte. Die Hierarchie der Kirche, die 1931 die Legalität der Republik anerkannt und die Gläubigen aufgefordert hatte, entsprechend zu handeln, sah sich nun, nachdem sie alle Art von Exzessen über sich hatte ergehen lassen müssen, veranlaßt, öffentlich Stellung zu nehmen zu Gunsten des Spanien, das von General Franco angeführt wurde. Mit dem gemeinsamen Hirtenbrief vom Juli 1937, unterzeichnet von allen spanischen Bischöfen außer von zweien, erklärte sich die Hierarchie für die Verteidigung der Freiheit gegen die marxistische Tyrannei, in die die Republik ausgeartet war, und für die Gerechtigkeit, die auf seiten des „Nationalen Spanien“ stand.

Der gemeinsame Hirtenbrief der Bischöfe fand starken Widerhall, die Zustimmung zum neuen Rechtsstaat seitens der Katholiken bahnte sich den Weg mit Francos Heer. In der Tat kann man an einer Hand die aktiven Katholiken aufzählen, die sich auf seiten der Republik stellten: Angel Ossorio y Gallardo, José Maria Semprún, José Bergamín (der zur Zeit in Spanien lebt) und Alfredo Mendizábal (vom sogenannten „Dritten Spanien“). Das sind die wenigen Katholiken, die dem „Roten Spanien“, d. h. dem kommunistischen, treu blieben und die später beim Zusammenbruch der Republik ins Exil gingen. Eine Ausnahme bilden allerdings die Basken in ihrer Haltung zu Gunsten der Republik, doch ist dies ein Sonderproblem, da ihr Gebiet auf drei von den fünfzig spanischen Provinzen beschränkt ist.

Die Mitarbeit der Katholiken im Franco-Regime

Der Sieg des Nationalen Spanien brachte die Errichtung eines neuen Regimes mit sich: des Franco-Regimes. Der Bürgerkrieg hatte die

Gewissen aufgerüttelt, die Werte zu verteidigen, die zuallererst den Spaniern gemeinsam sind: den Glauben, die Überlieferung der nationalen Freiheit, Spaniens abendländische christliche Kultur, die Würde und die Rechte des Bürgers.

Das neue Regime nach dem Siege bleibt unter manchen Gesichtspunkten weit hinter dem zurück, was es im Bürgerkrieg zu werden versprach. Doch dies ist ein Vorgang, der sich häufig in der Geschichte wiederholt. Der erste Eifer erstrebt höhere Ziele als sie später verwirklicht werden. Trotzdem waren die Katholiken in ihrer Mehrheit bei der Wiederherstellung der politischen Ordnung mit der neuen Lage einverstanden. Die religionsfeindliche und sektiererische Haltung der Republik ließ keine andere Verhaltensweise erwarten. So erscheinen denn in der neuen Regierung bedeutende katholische Persönlichkeiten.

Aber in der ersten Nachkriegszeit zeigten Heer und Falange eine gewisse Feindseligkeit und Abneigung gegenüber jenen Katholiken, die das republikanische Regime angenommen hatten. So findet man denn zu Anfang in den Ministerien keine Katholiken, die den Organisationen angehörten, aus denen die Köpfe der CEDA oder der anderen politischen Gruppen hervorgegangen waren, denn diese hatten aktiv mit der Republik zusammengearbeitet. Die führenden Katholiken in der neuen Regierung sind Falangisten, z. B. Pedro Gamero del Castillo, Mitglied der A.C.N. de P.; oder Karlisten, wie der Graf Rodezno und Esteban Bilbao. José Larraz, von der ehemaligen Zeitung „El Debate“, wird Wirtschaftsminister; José Ibáñez Martín, von der Asociación Católica Nacional de Propagandistas (A.C.N. de P.), Kultus- und Erziehungsminister, beide Fachleute. Jedenfalls finden sich schon gleich bei der Bildung des neuen Staates zahlreiche führende Katholiken der verschiedensten Richtungen, namentlich solche aus der A.C.N. de P., in den höchsten Verwaltungsstellen, als Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Zivilgouverneure, Bürgermeister. So sind schon 1939 in der Staatsverwaltung: Enrique Calabia, Staatssekretär im Finanzministerium, — Máximo Cuervo, Ministerialdirektor für Gefängnisanstalten, — Giménez Arnau, Ministerialdirektor für das Pressewesen, — Mariano Puigdollers, Ministerialdirektor für kirchliche Angelegenheiten, usw.

In den Jahren nach 1939 bemerkt man von Seiten derjenigen Katholiken, die den Gruppen der Karlisten und der Liberal-Monarchisten angehören, einen gewissen Widerstand

gegen die Regierung. Denn diese Gruppen sind unzufrieden, weil die neue Entwicklung des Staates nicht ihren Vorstellungen entspricht. Andererseits bewirkt die Wandlung der internationalen Verhältnisse 1945, daß Franco von sich aus eine größere Mitarbeit derer in seiner Regierung sucht, die als Katholiken mit der Republik zusammengearbeitet hatten. Außerdem hatte sich bis 1945 die feindselige Haltung der Militärs und der Falangisten gegen jene Katholiken und gegen die entsprechenden Organisationen merklich gemildert.

Nichts kam gelegener, um diese breitere Mitarbeiterbasis zu gewinnen, als daß Franco das Außenministerium Alberto Martín Artajo anvertrauen konnte, der damals Präsident der Katholischen Aktion war. Die Männer, die aus des Katholischen Nationalverbandes der Propagandisten (A.C.N. de P.) stammend schon das Erziehungs- und andere Ministerien innehatten, gelangen nun zu noch breiteren Einflußmöglichkeiten in den Botschaften und Ministerien. So übernahmen bekannte katholische Persönlichkeiten verschiedene Ämter, Fernández Ladreda wurde Minister für öffentliche Arbeiten, Ortiz Muñoz Staatssekretär für Volkserziehung und Tomás Cerro und Pedro Rocamora Ministerialdirektoren für Propaganda und Presse, usw.

In diesem Klima enger Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten mit dem Regime feierte man in Spanien im Mai—Juni 1946 den Kongreß der Pax Romana, der internationalen Organisation der katholischen Akademiker. Der Vorsitzende des Kongresses, Joaquín Ruiz Jiménez, begann sogleich eine glänzende politische Laufbahn. Er wurde noch im gleichen Jahre Präsident des Instituts der „Cultura Hispánica“, 1948 spanischer Botschafter beim Heiligen Stuhl und 1951 Erziehungsminister.

Im Februar 1956 veranlaßten Kundgebungen liberaler und monarchistischer Studentengruppen, die Unzufriedenheit in der Falange und die Reaktion der Militärs eine Regierungskrise. Eine Folge dieser Krise war die Entlassung des Erziehungsministers Joaquín Ruiz Jiménez am 16. Februar, weil er — wie man sagte — mit Linksgruppen (Sozialisten) und den sogenannten katholischen Progressisten in Verbindung gestanden habe. Genau ein Jahr später, am 25. Februar 1957, ist eine neue Regierungskrise der Anlaß zur Entfernung des Außenministers Alberto Martín Artajo. Nun aber traten neue Leute in das Kabinett, die aus den gleichen Verbänden hervorgingen wie Ruiz Jiménez und Martín Artajo. Zu diesen nando Maria Castiella, der bis dahin Bot-

gehört der gegenwärtige Außenminister Forscher beim Heiligen Stuhl war. Nachfolger wurde Francisco Gómez del Llano. Del Llano ist ebenfalls Mitglied der A.C.N. de P., und war vorher Finanzminister. Diesmal treten auch Männer hervor, die aus anderen Vereinigungen von Gläubigern kommen und von dort her ihre religiöse Bildung erhielten. Zu diesen gehört der Wirtschaftsexperte und Professor an der Universität von Madrid Alberto Ullastres, Mitglied des Opus Dei, der zusammen mit dem Finanzminister Navarro den gegenwärtigen Plan zur Sanierung der spanischen Wirtschaft schuf.

Einige allgemeine Betrachtungen

Wenn wir die verschiedenen ministeriellen

Umbildungen im Verlauf dieser letzten zwanzig Jahre des gegenwärtigen Regimes in Spanien überschauen, drängt sich uns zunächst die Tatsache auf, daß ununterbrochen die Katholiken aktiv tätig waren in der gleichen Weise, wie zuvor Katholiken aus Liebe zum Vaterland und zur Kirche mit der Zweiten Republik zusammengearbeitet hatten, um ihre Rechte zu verteidigen.

Diese Katholiken, die an der Regierung teilnehmen oder teilnahmen oder die andere bedeutende öffentliche Ämter im politischen Leben Spaniens bekleiden, sind aus den verschiedensten Verbänden von Gläubigen hervorgegangen: aus der Katholischen Aktion, dem Katholischen Nationalverband der Propagandisten (A.C.N. de P.) — der immer unter der geistlichen Leitung des Bischofs von Málaga, Hochw. Angel Herrera stand —, aus den Marianischen Kongregationen⁴⁾, aus verschiedenen Dritten Orden, aus dem Opus Dei⁵⁾ usw.

Dieser Sachverhalt ist selbstverständlich; leben wir doch in einer Zeit, in der die Katholiken in Verantwortung gegenüber den oft wiederholten Weisungen der Päpste sich darum bemühen entscheidend ein- und mitzuwirken im öffentlichen Leben vieler Staaten. Das ist ein Gebot der Liebe zum Nächsten, oftmals undankbar und unangenehm (man braucht ja nur an die Schwierigkeiten der italienischen oder französischen Innenpolitik zu denken). Außerdem ist es ein Recht und eine Gewissenspflicht, der man nicht ausweichen darf, besonders dann nicht, wenn ein solches Ausweichen in gefährlicher Weise das politische Spiel derer begünstigt, die von weniger sauberen Absichten geleitet werden⁶⁾.

Abgesehen von dieser drohenden Gefahr — diese ist in Spanien heute genau so wirklichkeitsnahe wie in Italien, Frankreich, Deutschland oder in irgendeinem anderen Lande — gilt es zu bedenken, daß in Spanien die weit- aus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung katholisch ist, und daß ein sehr großer Teil der ihrer beruflichen und geistigen Bildung nach zur Übernahme der öffentlichen Verantwortung befähigten Leute an irgendeiner der soeben genannten katholischen Organisationen angehörten oder angehören. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, angesichts der Extreme von Links und Rechts, die in unseren Tagen das Leben nicht weniger europäischer Länder verwirrt haben, was geschehen wäre, wenn in Spanien diese aktiven Katholiken aus Angst, sich bloßzustellen, später als „Collaborateure“ ausgeschaltet zu werden oder aus Furcht, Kraft und Ansehen in keineswegs einfachen politischen Umständen aufs Spiel zu setzen, sich einfach vom öffentlichen Leben Spaniens zurückgezogen hätten. Eine derartige Einstellung hätte jeder beliebigen extremen Minderheit, die ihrer Ideologie nach sicher wenig oder gar nicht in Einklang stünde mit den Interessen des Volkes und der Kirche, freie Bahn geschaffen für ihren Aufstieg zur Macht.

Das aktive Mitwirken der Katholiken in den verschiedensten Regierungen in ihrer Aufeinanderfolge bis heute, unter dem Regime des Generals Franco, konnte immer mit der Zustimmung der Hierarchie rechnen. So erklärte zum Beispiel der Primas von Spanien, Kardinal Pla y Deniel, öffentlich im Augenblick der Entlassung des Außenministers Martín Artajo, daß die politische Tätigkeit des Expräsidenten der Katholischen Aktion seine völlige Zustimmung gefunden habe. (Vgl. Brief des Kardinals und Erzbischofs von Toledo an Alberto Martín Artajo im Boletín de la A.C.N. de P., vom 1. März bis zum 15. April 1957.)

Man muß aber, um Verwechslungen und Verallgemeinerungen zu vermeiden, die von Grund auf ein Verständnis der spanischen Wirklichkeit unmöglich machen würden, darauf achten, daß sowohl die kirchliche Hierarchie in Spanien als auch die Verbände der Gläubigen oftmals ihre völlige Unabhängigkeit bewiesen hinsichtlich der persönlichen Maßstäbe und Meinungen ihrer Mitglieder, die — zu öffentlichen Ämtern berufen — ihrer konkreten Aufgabe nachkommen. Diese Unabhängigkeit wird nicht nur theoretisch erklärt auf der Ebene der Prinzipien und Ideen als Unterscheidung zwischen geistlichem und weltlichem Bereich, zwischen religiösem und

weltlichem Ziel usw.; es ist darüber hinaus vielmehr eine praktische Unabhängigkeit in den einzelnen konkreten zu lösenden Aufgaben. So erst versteht man zum Beispiel den Vorgang in der Presse 1950, als anlässlich der Tagung des internationalen Kongresses der Katholischen Presse in Rom die Wochenzeitung „Ecclesia“, das Organ der Katholischen Aktion in Spanien, einen Leitartikel mit einer scharfen Kritik an der staatlichen Pressezensur in Spanien veröffentlichte, während gerade zu dieser Zeit die Kontrolle der nationalen Presse in Händen von Luis Ortiz Muñoz, eines bekannten Mitglieds der A.C.N. de P. lag. Es lassen sich noch eine beachtliche Anzahl gleichartiger Fälle anführen aus dem Bereich des Schul- und Bildungswesens, der Gewerkschaften usw. 7).

Unter Wahrung ihrer tatsächlichen Unabhängigkeit haben die Hierarchie und die verschiedenen Verbände der Gläubigen, aus denen die genannten Politiker hervorgingen, und die wir vorhin anführten, immer den Standpunkt vertreten, daß es keinen Grund gab noch gibt, ihren Mitgliedern die Zusammenarbeit mit dem derzeitigen spanischen Regime zu verbieten. Dies ist die gleiche Grundeinstellung — fußend auf der Lehre Leos XIII. von der Indifferenz der jeweiligen Regierungsform —, die, wie wir oben darstellten, die kirchliche Hierarchie in Spanien 1931 bewog, den Katholiken die Mitarbeit in der Zweiten Republik zu empfehlen, als auch später davon abzuraten, als sich die republikanische Regierung unfähig erwies, die öffentliche Ordnung zu wahren und die Rechte der Kirche und der Staatsbürger sowohl selbst zu achten als ihnen Achtung zu verschaffen. Leo XIII. sagt namentlich in der Enzyklika „Libertas“ über das politische Verhalten der Katholiken, daß es „ehrenhaft sei, Anteil zu nehmen an den Verwaltungsaufgaben und den Geschäften in der Öffentlichkeit, sofern die Kirche nicht unter besonderen, zeitlich und örtlich bedingten Einzelumständen anders entscheide; ja daß darüber hinaus die Kirche ausdrücklich eines jeden einzelnen Mitarbeit am Gemeinwohl bejahe, auf daß er es nach seinem besten Können verteidige, bewahre und dem Staate von echtem Nutzen sei“. An diese Lehre der Kirche erinnerte vor wenigen Monaten der „Osservatore Romano“ (am 30. Oktober 1959) gerade im Hinblick auf Spanien.

Die vielen Katholiken, die sich entschlossen haben, unter dem Franco-Regime öffentliche Ämter zu übernehmen, taten und tun dies schließlich bewußt und in voller Freiheit.

Sie sind dessen sicher, daß sie dazu ein volles Recht haben und daß ihr Handeln gerecht und moralisch einwandfrei ist. Sie wissen natürlich um die Mängel des Regimes, doch wissen sie auch, daß ihr Eingreifen in das politische Getriebe die beste Möglichkeit ist, die Fehler zu verbessern.

Andererseits darf man nicht übersehen und leugnen, daß der gegenwärtige Staat, die Arbeit seines Führers und der Kräfte, die ihn unterstützen, Spanien eine Reihe Güter eingebracht hat: die Wiedererrichtung der Ordnung, die Einigkeit des Landes gegenüber jeder Anarchie; die Früchte einer langen Friedenszeit (zwanzig Jahre sozialen Friedens hat man in Spanien seit anderthalb Jahrhunderten nicht gekannt); die Neutralität im Zweiten Weltkrieg trotz des vielfachen Drucks namentlich vonseiten Hitlers; das Scheitern der erklärten Pläne Lenins und Stalins, nach denen Spanien das „Versuchskaninchen“ eines marxistischen Staates unter den europäischen Ländern sein sollte. Dies alles muß man im Gegensatz zu den furchtbaren Jahren der Zweiten Republik sehen. Hinzu kommt das 1953 unterzeichnete Konkordat, das Recht und Freiheit der Kirche garantiert und überhaupt ein helles Licht auf die Beziehungen der Katholiken zum politischen Getriebe des Staates wirft. Nicht zu übersehen ist ferner das Aufblühen eines intensiven christlichen Lebens im ganzen Lande 8).

Der englische Schriftsteller Arnold Lunn schreibt in einem seiner Bücher („And yet so New“ — London-New York — Sheed and Ward; S. 117), in denen er seine positive Einbürgerkrieg spricht und seine positive Einstellung zum Nationalen Spanien erklärt, — er sei der Meinung, wenn jemand auch nur 70 % der vernünftigen Gründe auf seiner Seite habe (und dies nimmt Lunn von Franco an), müsse er, Lunn, sich zu dessen Seite bekennen, wenn auch mit dem Vorbehalt, daß später dafür Sorge zu tragen sei, auch die restlichen 30 % zu klären, oder wenigstens den Versuch zu ihrer Klärung zu unternehmen. Vielleicht kann man diesen Gedanken als Zusammenfassung mit der Haltung der spanischen Katholiken vergleichen, über die wir hier berichteten.

Anderer Haltungen

Bis hierhin haben wir Maßstäbe und Gründe der Katholiken untersucht, die es für angebracht hielten, mit dem gegenwärtigen spanischen Regime zusammenzuarbeiten. Betracht-

ten wir nun die Persönlichkeiten, die eine entgegengesetzte Stellung einnehmen.

Auch unter diesen findet man Leute der verschiedensten politischen Schattierungen, die hervorgegangen sind aus all den vorhin besprochenen Verbänden von Gläubigen: der Katholischen Aktion, dem Katholischen Nationalverband der Propagandisten (A.C.N. de P.), den Marianischen Kongregationen, dem Opus Dei usw. Auch in diesem Falle sind dieselben vorhin von uns vorgebrachten Allgemeinbetrachtungen über die Unabhängigkeit der Hierarchie und der Verbände anzustellen hinsichtlich der persönlichen Ansichten und der Verhaltensweise dieser Katholiken, hinsichtlich ihrer persönlichen Verantwortung, gemäß der diese Leute glaubten richtiger zu handeln, wenn sie in Übereinstimmung mit der von der Kirche zu recht erkannten und vertretenen Freiheit das Franco-Regime nicht unterstützen.

Es liegt nicht in der Absicht unseres Artikels, im einzelnen die mannigfaltigen Richtungen dieser Grundhaltung zu untersuchen. Außerdem wäre dies ein äußerst schwieriges Unterfangen. Da es in Spanien gar kein oder kaum ein Spiel politischer Verbände gibt, führen diese Gruppen ein sehr beschränktes Dasein ohne einen wirksamen Einfluß. Daraus folgt die Unmöglichkeit einer straffen Ordnung in einer jeden dieser Gruppen; sie neigen dazu, sich zu zersplittern in kleinere Gruppen von in vielen Fällen ausschließlich persönlicher Bedeutung. Zu diesem Tatbestand gesellt sich noch ein anderer von besonderer Bedeutung, ja dieser erklärt erst eigentlich, weshalb die Grenzen zwischen einer Haltung der Unterstützung des Franco-Regimes und der des Widerstandes gegen dasselbe seitens der Katholiken kaum zu erkennen sind. In der Tat hat die Mehrheit dieser Gruppen oder Einzelpersonlichkeiten ein- oder mehrmals den Standort gewechselt oder wenigstens die Einstellung im Verlauf dieser zwanzig Jahre genauer bestimmt, und zwar im Zusammenhang mit den verschiedenen nach 1939 erfolgten Kabinettsbildungen oder auch entsprechend den Schwankungen der internationalen politischen Lage. Die einen nahmen erst Abstand oder traten in Widerstand gegen das Regime nach einer Zeit aktiver Mitarbeit; andere wiederum gingen genau den umgekehrten Weg. Es gibt nur einige wenige, die ihren Standpunkt nicht verändert haben und von Anfang an dem Regime ihre Unterstützung verweigerten.

Durch all diese Umstände wird eine genaue und positive Darstellung der Geschichte der

Opposition fast unmöglich. Uns mag hier die Feststellung genügen, daß sich in ihr Katholiken als Anhänger all der verschiedenen Richtungen finden, die — wie wir schon sagten — aus den gleichen vorhin genannten Verbänden der Gläubigen erwachsen sind. Da sind die Liberalmonarchisten, deren Kern sich im Wesentlichen um Joaquín Satrustegui sammelt; auf der anderen Seite sind da mehrere Parteimitglieder der alten CEDA und Intellektuellen um Gil Robles oder um Giménez Fernández; und ebenso finden sich dort Gruppen von Traditionalmonarchisten bis zu Falangisten und Republikanern konservativer Prägung.

Dennoch mag es nützlich sein, wenigstens zu versuchen, in den Hauptzügen den Gründen nachzugehen, auf die sich die Opposition beruft. Im Mittelpunkt steht eine scharfe Kritik an den Fehlern des derzeitigen spanischen Regimes, die eben dem Regime seinem Wesen nach zu innerst eignen. Das ist zunächst die Tatsache, nach der sich das Franco-Regime schließlich auf nichts Weiteres gründet als auf eine Art persönlicher Gewalt. Der Bürgerkrieg hatte nicht den Sinn, eine Diktatur in den Sattel zu heben, sondern einem System Platz zu machen, das ein friedliches Zusammenleben der Spanier erlaubte, was unter der Zweiten Republik unmöglich geworden war. War auch während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Zusammenballung der Macht notwendig, so hat sie sich doch zu lange Zeit behauptet. Und daher kommt es, daß Spanien von einem Regime beherrscht wird, dem von sich aus lebensfähige Einrichtungen fehlen, so daß einerseits die Sicherheit und Dauer des Systems einzig vom Leben eines Mannes abhängen: vom Generalissimus. Andererseits kommt zu den Folgen einer solchen Personalmacht das Fehlen einer konstitutionellen Grundlage, das notwendig eine Schmälerung der bürgerlichen Freiheiten nach sich zieht. Gleichzeitig mit diesem Hauptfehler des Regimes bemerkt man andere Mängel, die man sozusagen als dessen logische Folgerungen ansieht: das Fehlen einer angemessenen Freiheit des Nachrichten- und Pressewesens, die schlaffe Politik des Landes, die fehlende Übereinstimmung zwischen der sozialen Gesetzgebung und dem geringen Ernst, mit dem sie — wie manche sagen — praktisch gehandhabt wird, usw.

In Anbetracht der Mängel des gegenwärtigen Regimes werden die Katholiken, auf die wir uns hier beziehen, veranlaßt, von jeder Zusammenarbeit mit dieser Regierung Abstand zu nehmen. Denn sie halten ein solches

staatliches Zwittergebilde als Ganzes für in sich unterhöhlt; ihnen gelten — um mit den Worten Arnold Lunns zu sprechen — die 30 % vorhandener negativer Elemente im Verhältnis zu den 70 % Positiva als überwiegend und daher unannehmbar. Natürlich gibt es innerhalb dieser allgemeinen Einstellung viele Schattierungen vom einfachen Abstand — nehmen bis zum schärfsten Widerspruch. Doch alle stützen ihre relative Opposition und Kritik auf einen oder auf mehrere dieser bestimmten Gesichtspunkte.

Überlegungen zum Abschluß

Unsere bis hierhin entfaltete Darstellung erlaubt uns einige Schlußfolgerungen oder auch Gedanken, die das Ganze wenigstens teilweise abrunden. Der erste Gedanke dürfte wohl der eigentümlichen und besonderen Situation Spaniens gelten, einer Tatsache, die man nicht immer recht verstanden hat aufgrund zu geringer Kenntnis der Voraussetzungen für diese Lage Spaniens namentlich über des demokratischen Schiffsbruchs der Zweiten Republik, so daß man notwendig zu Fehlurteilen kommen mußte. Eine ebenso wenig bekannte und berücksichtigte Voraussetzung für Spaniens Lage war die politische und ökonomische Blockade Spaniens durch die UNO 1945 auf das Betreiben Rußlands hin und die daraus sich ergebende Isolierung Spaniens gegenüber den übrigen Staaten des Westens. Läßt man diese Umstände außer acht oder vergißt man gar, welche sozialen Verhältnisse das gegenwärtige Regime heraufbeschworen, — so wird man schwerlich ein angemessenes Urteil über die spanische Wirklichkeit fällen können. Darüber hinaus muß man noch die Tatsache in Betracht ziehen, daß sozialdemokratische, radikale und kommunistische Pressekampagnen logischerweise systematisch darauf ausgingen, das Bild der spanischen Wirklichkeit zu verzerren, einmal durch tendenziöse Berichterstattung, wobei die positiven Seiten verschwiegen, die negativen übertrieben herausgestrichen wurden, zum anderen Mal durch völlig falsche und unwahre Darstellungen. Jedem, der ernsthaft der Art, den Quellen, der Terminologie und den Schattierungen dieser politischen Veröffentlichungen nachgehen will, und feststellen will, wo diese Berichte und Kommentare auftauchen, wird es sehr leicht klar, daß es sich in den allermeisten Fällen um geplante Kampagnen aus marxistischen Kreisen handelt. Es ist ja auch nicht schwierig, eine derartige Propaganda zu finanzieren mit dem Geld, das 1939 das sozialistisch-kommunistische Regime mit sich nahm nach Rußland,

Frankreich und Mexiko. Hatte doch der Finanzminister der Republik Juan Negrin die Staatsreserven, 7800 Kästen Gold in einem damaligen Gesamtwert von 63 265 684 Pfund Sterling, in Cartagena nach Odessa eingeschifft, und zwar schon am 25. Oktober 1936 (Vgl. Madariaga ebd. S. 507). Es ist daher um so bedauerlicher, wenn es hin und wieder einige Katholiken gab, die in ihrer Einfalt dieser marxistischen Propaganda ihre Stimme liehen, indem sie in Wort und Schrift behaupteten — wir bemühen uns zu glauben, daß sie es in aufrichtiger Gesinnung taten —, in Spanien mache die Hierarchie der Kirche, der Klerus, die Katholische Aktion, das Opus Dei usw. die Politik, und darüber hinaus eine „antisoziale“, „mittelalterliche“ Politik usw.

Die Fülle dieser Faktoren kann, wie wir schon sagten, zu Urteilen über die Wirklichkeit Spaniens führen — und führt tatsächlich dazu —, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Nicht selten begegnet man doch Kritikern, die vom Franco-Regime und seiner Regierung als von einem „totalitären Tyrannenregiment“ sprechen, was sich bei jeder ernsthaften Prüfung als entschieden übertrieben erweist. Will man ein angemesseneres Urteil fällen, ein objektiveres, so ließe sich vielleicht sagen, daß es sich um eine autoritäre Regierungsform von mehr oder weniger paternalistischem Charakter handelt, die eben einen großen Teil der Macht auf eine Person vereinigt, die sich aber keineswegs auf Terror oder Gewissenszwang gründet.

In Spanien gibt es in der Tat eine große Freiheit zur persönlichen Kritik. Sie geht so weit, daß man sagen kann, die Kritisierlust bei den Versammlungen und im privaten Beisammensein bilde gerade einen Grundzug des politischen Lebens in Spanien. Kürzlich erst merkte Präsident Eisenhower, als er von seinen Eindrücken aus Spanien sprach: „Furcht habe ich in Spanien nicht gefunden, wen ich auch immer traf, er sprach mit mir in völliger Freiheit“ (Vgl. „Newsweek“, 20. Januar 1960). Dieses Urteil ist jener Propaganda gänzlich entgegengesetzt, die darin beharrt, das spanische Regime als einen „Polizeistaat“ und als eine „Verfolgungstyrannie“ zu diskriminieren. Übrigens hat eine derartige Terminologie ihren Ursprung gerade in den Kreisen, die alles daransetzen, die Erinnerung an jenes wirklich brutal, antidemokratische und antikatholische Verfolgungsregime auszulöschen, das so recht einem kommunistischen Staate entspricht.

Es ist natürlich wahr, daß eine Regierung, aufgebaut auf einer Personalmacht, besonders

anfällig ist für Willkür und Auswüchse, mag auch derjenige, der die Macht innehat, noch so unbestreitbar eine rechte Absicht verfolgen. Und solche Auswüchse blieben auch in Spanien Francos nicht aus. Dennoch ist die Art und Weise, wie man sie in der Presse ausgeschlachtet hat, zumindest übertrieben, zumal, wenn man bedenkt, daß ähnliche Dinge sogar in Ländern alter parlamentarisch-demokratischer Tradition vorkamen und noch vorkommen. Vor kurzem erst schrieb ein englischer Leser im „Manchester Guardian“ (28. Jan. 1960) anlässlich der vom liberalen Abgeordneten Mr. Jeremy Thorpe inszenierten Kampagne über die Festnahme einiger der Umsturztätigkeit beschuldigter Spanier: „Es ist recht und billig, daß wir jedes Land kritisieren, das die Rechte seiner Bürger nicht respektiert. Doch scheint es mir angebracht, daß wir zuvor unser eigenes Haus in Ordnung bringen. In Nordirland halten wir seit drei Jahren 160 Leute ohne jeden Prozeß in Haft. Die (örtliche) Regierung in Nordirland hat sich 1957 über die entsprechenden Abschnitte aus dem ‚Statut der Menschenrechte‘ hinweggesetzt unter dem Vorwand, die Situation erfordere besondere Maßnahmen. Vielleicht würde es Mr. Jeremy Thorpe gefallen, einmal über das Meer nach Irland zu fahren anstatt zu versuchen, Spanien zu betreten.“ Vielleicht könnte man ähnliches über die zahlreichen Festnahmen von Bürgern in Frankreich sagen, die man ebenfalls umstürzlerischer politischer Tätigkeit beschuldigt, ohne daß wir uns ein Urteil über Recht oder Unrecht derartiger Maßnahmen erlauben. In Wirklichkeit befinden sich in den spanischen Stafanstalten im Verhältnis zu jeweils 100 000 Einwohnern nicht mehr als 51,49 Personen, d. h. 0,05149 %. Dieser Prozentsatz wird nur von zwei europäischen Ländern noch unterboten: von den Niederlanden und von Dänemark.

Der wirkliche Fehler im Leben der spanischen Öffentlichkeit liegt nicht darin — und wir bestehen darauf, das zu wiederholen —, daß dort Terror und Polizeityrannei herrschten, sonder darin, daß die Freiheit zur offenen Kritik an der Regierung durch die entsprechenden Organe der öffentlichen Meinung, nicht gewährt wird.

Deshalb ist die öffentliche Meinung im Lande blutarm, lebensschwach, und im allgemeinen uninteressiert für die Entscheidungen eines Staates, der sich nicht in angemessener Weise über den Willen und das Fühlen des Volkes unterrichtet, der in Verbesserungsvorschlägen und in Kritik keine Hilfe, sondern ein

Hindernis für die Erfüllung der Regierungsaufgaben sieht.

Aber fast möchten wir sagen, daß vor diesem Mangel noch ein entscheidender zu nennen ist, den auch die meisten Spanier dem Regime als seinen Hauptfehler vorwerfen: der Mangel an Voraussicht für die Nachfolge; d. h. es fehlt der Übergang von der Personalmacht zu sicheren konstitutionellen Formen, die den positiven Errungenschaften Dauer verleihen und gleichermaßen der Autorität wie der Freiheit die nötige Grundlage schaffen müßten.

Die Spanier haben einen gemeinsamen Wunsch, daß das gegenwärtige Regime sich entwickle, bis Spanien eine politische Gestalt gewinnt, die stärker demokratisch ausgerichtet ist. Eine solche Ausrichtung muß den Geist spanischer Tradition atmen und berücksichtigen und eben deren charakteristische Eigenschaften aufweisen, die sie von der anderer Länder unterscheiden; so ist ja auch die politische Gestalt Italiens irgendwie verschieden von der Amerikas (USA), und die der Deutschen Bundesrepublik verschieden von der Großbritanniens usw. Aber dennoch verwirklicht sich in diesen Ländern im Grunde etwas Gemeinsames, eben das, was man als Demokratie bezeichnet.

An dieser Stelle scheint es wohl angebracht, die Art und Weise einmal in Augenschein zu nehmen, wie einige namhafte Spanier über Demokratie sprachen; denn aus solchen Äußerungen konnten leicht Irrtümer und Mißverständnisse entstehen über den Standpunkt spanischer Katholiken sowohl als auch von Katholiken der übrigen westlichen Welt.

Wir beziehen uns hier gerade auf das Wort *Demokratie*. Es gibt in Spanien Katholiken, die angesichts des Gebrauchs und des Mißbrauchs dieses Terminus seinen Sinngehalt, so wie man ihn oft verwendet, verwerfen; hat man doch ebenso gut das Wort für kommunistische Regimes im Begriff der sogenannten „Volksdemokratien“ verwandt; und Spanien hat damit seine schmerzlichen Erfahrungen gemacht. Diejenigen Spanier, die den Terminus „Demokratie“ verwerfen, wissen, daß man nicht selten unter der Maske dieses Begriffes perverse Machenschaften und tyrannische Gewaltakte gegen Volk und Kirche getarnt hat. Hieraus erklärt sich, daß im einzelnen Falle ein katholischer Politiker Spaniens und ein katholischer Politiker Italiens Ausdrücke und eine Terminologie verwenden, die völlig voneinander verschieden sind, obwohl beide ein und dieselbe Sache meinen: ein konstitutionelles Regime, in dem der Staat dem Recht unterworfen ist, und in dem die freie Meinung

des Bürgers geachtet und seine unmittelbare Mitarbeit an der Lösung der Regierungsaufgaben gewährleistet ist.

Dem einen, der weitaus größten Mehrheit der katholischen Spanier gemeinsamen Ziel gegenüber, — nämlich dem der Sicherung der positiven Leistungen des gegenwärtigen Regimes, der Beseitigung seiner Mängel, des Bemühens um eine Entwicklung auf konstitutionelle und demokratische Regierungsformen hin, — kann auf der Seite des praktischen Handelns die große Kluft nicht übersehen werden, die ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen, vorerst von der Verwirklichung des Ziels trennt, worüber wir ja schon gesprochen haben. Die einen glauben nämlich, dieses Ziel durch die bequeme Haltung der Opposition, die anderen durch die weniger bequeme Haltung der Mitarbeit und der positiven Kritik zu erreichen.

Natürlich wird sich der Leser fragen, ob denn Franco die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung seines Systems sieht und sie sogar bejaht? Trotz allem Anschein im einen oder anderen Sinne, ist es äußerst schwierig, diese Frage zu beantworten. Viele Katholiken vertrauen darauf, daß Franco so denke, und sie erwarten es mit ganzem Herzen zum Wohl des Volkes und der Kirche. Dies ist freilich ein Vertrauen, das sich einzig gründet auf den Glauben an die rechte Absicht und an die edle Gesinnung eines Mannes.

Die Katholiken Spaniens aber — einschließlich derer aus der Opposition — sind keineswegs Befürworter des Weges über die Gewalt. Sie erwarten und bemühen sich um eine Entwicklung des Regimes zu konstitutionell-demokratischen Formen einzig auf friedlichem Wege. Sie wollen auf gar keinen Fall eine neue Situation der Anarchie, ähnlich der, die Anlaß gab zum spanischen Bürgerkrieg; dies wäre ja tragisch und grotesk zugleich.

Die Parteigänger der Gewalt muß man außerhalb Spaniens unter der radikalen Opposition suchen, die mit dem Zusammenbruch der sozialkommunistischen Regierung außer Landes flohen. „Es ist erneut unumgänglich notwendig, daß man noch einmal, sozusagen als dringende Maßnahme der Hygiene, im großen Stil die Klöster in Brand steckt. Dieses Feuer in der Hand des Volkes war das einzige Reinigungsmittel von Etappe zu Etappe!“ so schreibt am 31. Januar 1960 „CNT“, das Organ der spanischen Exilkommunisten, das in Toulouse herausgegeben und gedruckt wird. Das sind, wie man sofort sieht, extreme Standpunkte, genährt von der revolutionären Gewaltorthodoxie der Marxisten, die nicht zu-

rückschrecken vor dem Ruin der Nation, wenn es darum geht, sich die Bahn zur Macht zu verschaffen.

Damit ist — wie uns scheinen mag — wenigstens in den Hauptzügen das politische Verhalten der spanischen Katholiken während der letzten zwanzig Jahre hinreichend umschrieben. Ebenso sind die verschiedenen Grundeinstellungen dargelegt.

Man hat in Spanien wie in vielen anderen Ländern festgestellt, daß den Katholiken ihre politische Verantwortung ernsthaft zu Bewußtsein gekommen ist, daß sie ihre Rechte und ihre Pflichten wahrnehmen, daß sie sich aktiv für die Lösung der Aufgaben des öffentlichen Lebens einsetzen. Und diese Tatsache steht über den mannigfaltigen Möglichkeiten von Meinungen und konkreten politischen Entscheidungen. Und sie sollte hinreichen, die Katholiken miteinander zu verbinden, seien sie nun Spanier oder nicht. Denn so sagt Leo XIII. in seiner Enzyklika „Immortale Dei“: „Wenn man über rein politische Fragen diskutiert, über die bessere Regierungsform, über die eine oder die andere Weise, wie man einen Staat bilden soll, so gibt es Raum für eine edle Mannigfaltigkeit der Meinungen. Deshalb ist es wider die Gerechtigkeit, daß man Persönlichkeiten, deren aufrichtige Frömmigkeit man einerseits anerkennt, und die bereitwillig der Lehre des Apostolischen Stuhles folgen, andererseits schwer beschuldigt, weil sie über die Dinge, die wir vorhin erwähnten, andere Ansichten vertreten.“

Außerdem kann man mit ruhiger Sicherheit behaupten, daß, gleich welche konkrete Regierungsform auf das Regime des Generals Franco folgen mag, die Katholiken auf der Grundlage gemeinsamer Verantwortung entscheidend auf die Planungen und Lösungen der nationalen Probleme einwirken werden.

Gemeinsame Verantwortung, Mannigfaltigkeit der Schattierungen und Einheit in den wesentlichen Grundsätzen, dies müssen — so scheint uns — in der Zukunft noch klarer als bisher die charakteristischen Eigenschaften der Katholiken in Spanien sein für das öffentliche Wirken in der Politik: Mannigfaltigkeit in den Meinungen, aber unbedingte Einigkeit in der Grundhaltung, entsprechend der Lehre der Kirche, für die Stunde der großen und wesentlichen praktischen Entscheidung. Diese Einigkeit setzt weder voraus noch fordert sie von vornherein mit Notwendigkeit, daß alle Katholiken sich in einer einzigen Partei oder in einer einzigen politischen Bewegung sammeln. Denn die Kirche ist eben keine Partei noch wird sie es je sein. José Luis Illanes

1) Die „Asociación Católica Nacional de Propagandistas“ = Katholischer Nationalverband der Propagandisten (A.C.N. de P.) wurde 1909 von Angel Ayala S gegründet. Ziel des Verbandes ist die Verbreitung der katholischen Lehre. Der erste Präsident des Verbandes war Angel Herrera Oria, der 26 Jahre lang in dieser Eigenschaft klug und kühn die Entwicklung des Verbandes leitete.

Don Angel Herrera, der zur Zeit Präsident der Editorial Católica (einer bedeutenden katholischen Verlagsanstalt in Spanien) ist, wurde 1940 zum Priester geweiht, 1947 wurde er zum Bischof von Málaga ernannt. 1949 wurde er Geistlicher Beirat der A.C.N. de P. für ganz Spanien. Seine schwache Gesundheit veranlaßte ihn 1955 von diesem Amt zurückzutreten. Seit der Zeit hat dieses Amt Mons. Laureano Castán, Weihbischof von Tarragona, inne.

2) Das Ausmaß dieser Maßnahmen mag folgende, wenn auch unvollständige Liste andeuten. Es handelt sich um die zwischen Mai 1931 und August 1932 verbotenen Zeitungen: in Madrid: „ABC“, „El Debate“, „Informaciones“, „Diario Universal“, „El Siglo Futuro“, „La Nación“; — in Alava: „Heraldo Alavés“; — in Albacete: „El Diaro de Albacete“; — in Alicante: „El Dia“, „La Gaceta de Levante“, „Patria“, „El Pueblo Obrero“, „La Voz del Pueblo“; in Almeria: „La Independencia“, „Diario de Almeria“, „Heraldo de Almeria“; — in Avila: „El Diario de Avila“; — auf den Balearen: „El Luchador“; — in Barcelona: „El Correo Catalán“; — in Burgos: „El Castellano“, „ABC“; — in Cáceres: „Extremadura“, „El Faro de Extremadura“; — in Cadix: „Nuestro Tiempo“, „Diario de Jerez“, „Claridad“, „La Informacion“, „Regeneración“.

Diese Liste läßt sich unendlich fortsetzen, wenn man den Städten nachgeht: Ciudad Real, Córdoba, Granada, La Coruña, León, Murcia, Oviedo, Segovia, Sevilla, Valencia, Valladolid, Zamora, Zaragoza: In all diesen Städten wurden zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften verboten.

3) Das Martyrium dieser Tausende von Personen hat nicht nur die Weltöffentlichkeit verkannt, sogar in einigen katholischen Kreisen anderer Länder hat man diese Dinge einfach übersehen, so wie man heute leicht nichts vom Martyrium vieler, vieler Priester und Gläubigen in den kommunistischen Ländern weiß oder die Dinge vergißt. Besonders traurig und erschütternd war, daß einige Katholiken es vermochten, das Opfer dieser Söhne der Kirche aus reiner Liebe zum Glauben als „politischen Aktivismus“ zu interpretieren.

4) Es ist nicht mehr als Recht, anerkennend zu vermerken, daß diese religiöse Arbeit, die apostolische und öffentliche Tätigkeit dieser Gruppen, die zum überwiegenden Teil von Jesuiten geleitet werden, sich segensreich über ganz Spanien entfalteten.

5) Das Säkularinstitut „Opus Dei“ wurde 1928 von Mons. José Maria Escrivá de Balaguer gegründet und 1950 vom Heiligen Stuhl endgültig anerkannt.

6) Fernando Martin-Sánchez, der Nachfolger Angel Herrera's als Präsident der A.C.N. de P. sagt: „Das Abstandnehmen kann man sich in der

Politik nur unter der Bedingung erlauben, daß dies wirksam ist. Und die praktische Schwierigkeit besteht darin, hier das rechte Maß zu halten.“ („Ideas Claras“, Madrid 1959, s. 109).

7) Es scheint uns interessant zu sein, an dieser Stelle zu vermerken, daß der Consiliarius des Opus Dei in Washington in einem Brief an Nieman Reports am 19. Oktober 1959 versicherte, daß in Spanien kein Mitglied des Opus Dei ein Amt in der Pressezensur innehatte noch innehat.

Zwei Jahre vorher, am 12. Juli 1957, dementierte das Sekretariat des Opus Dei in Spanien einige Pressenachrichten, die dem Institut eine politische Tätigkeit unterstellten. Die Erklärung lautete:

„In einigen Zeitungen verschiedener Länder erschienen in den letzten Wochen Mitteilungen, die dem Opus Dei Einmischung in die verschiedenen Gruppen oder Bewegungen der vorhandenen politischen Meinungen in Spanien unterstellen.“

Das Sekretariat des Consiliarius des Opus Dei in Spanien erklärt aus diesem Anlaß ausdrücklich, daß derartige Nachrichten über das Opus Dei absolut falsch und verleumderisch sind.

Das Opus Dei ist ein Säkularinstitut der Katholischen Kirche, heute verbreitet über dreißig Länder, dessen einzige Tätigkeit unmittelbar und ausschließlich apostolisch ist und das aufgrund des ihm gemäßen Geistes völlig außerhalb jedweder Politik irgendeines Landes steht.

Folglich sind jene besagten Informationen ausdrücklich und energisch dementiert. Im Gegensatz dazu wird hier genauestens folgendes erklärt:

Erstens: Weder das Opus Dei noch eines seiner Mitglieder hat eine derartige Information verwandt noch verbreitet.

Zweitens: Das Opus Dei verabscheut ebenso das Vorgehen derer, die sich solcher anonymen und verheimlichender Mittel bedienen, wie auch das Verhalten derer, die jedweden Umstand nützen oder gar heraufbeschwören, um Einrichtungen oder Personen zu verleumden.

Drittens: Das Opus Dei erklärt ausdrücklich, daß niemand, sei es ein Einzelner oder eine Gruppe, sich des Namens des Institutes für seine politische Tätigkeit bedienen kann noch darf. Auf diesem Gebiet genießen die Mitglieder des Opus Dei gleich den übrigen Katholiken, wie auch auf dem Gebiet der beruflichen Pflichten, der Wirtschaft oder der Gesellschaft, völlige Freiheit innerhalb der Moral der Kirche, die sie verpflichtet, stets klare und einwandfreie Mittel zu gebrauchen in Übereinstimmung mit einem guten Gewissen. Deshalb handeln die Mitglieder des Opus Dei wie gewöhnliche Bürger, ohne daß das Institut in irgend einer Weise an ihren Verdiensten oder an den Mißerfolgen ihres persönlichen Handelns teilnimmt.

Madrid, den 12. Juli 1957.“

8) In diesem Sinne kann man eine Nachricht verstehen, die vor nicht langer Zeit an die Presse ging. Anlässlich einiger öffentlicher Kundgebungen in Havanna gegen das gegenwärtige spanische Regime, unterzeichneten die in Kuba ansässigen Ordensobern spanischer Herkunft eine Erklärung, in welcher an die Gewalttaten und Grausamkeiten des früheren republikanisch-marxistischen Regimes in Spanien erinnert wurde.